

Die Unfähigkeit zu feiern?

Der 8. Mai und der 17. Juni in der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur

Edgar Wolfrum

I. Das gründungsmythische Dilemma der Bundesrepublik

Als frischgewählter Bundespräsident machte Theodor Heuss 1950 auf das deutsche Dilemma aufmerksam: „Dies ist die Tragik der deutschen Geschichte: auch sie kennt die inneren Kämpfe um die Volksrechte und bürgerlichen Freiheiten; aber deren Geschichte ist eine Geschichte der Niederlagen. Die Demokratie als Legitimation der Staatlichkeit, als konstitutive Volkskraft ist [...] immer in der Folge, im Schatten des [...] Besiegteins in die deutsche Geschichte getreten, ohne aus sich heraus eine tragende und bindende, irgendeinem Tag, irgendeinem Ereignis zugehörnde symbolhafte Legende zu schaffen.“¹

Den ersten zögerlichen Versuchen, das Gründungsgeschehen des neuen Gemeinwesens Bundesrepublik im Bewußtsein der Bürger zu verankern, waren bezeichnenderweise Fehlschläge beschieden. An der Arbeit des Parlamentarischen Rats nahm die Öffentlichkeit keinen Anteil. Nicht zufällig hat sich die formale Gründung der Bundesrepublik im Bewußtsein der Bevölkerung lange Zeit viel weniger stark eingepägt als die Währungsreform von 1948. Auch die Diskussion über die Frage, ob die Bundesrepublik eine neue Nationalhymne brauche, verlief überaus quälend. Von den frühen Überlegungen, den 8. Mai als historisch-politischen Gedenktag zu etablieren, wurde schnell wieder abgerückt. Zwar war das Datum 1949 bewußt als Tag der Schlußabstimmung über das Grundgesetz gewählt worden; aber die „Geschichtswucht“, die es in sich trug, hatte es durch die bedingungslose Kapitulation von 1945 erlangt. Die Idee, den 8. Mai zu feiern, wurde fallengelassen, da der SED-Staat diesen Tag seit 1950 als „Tag der Befreiung“ inszenierte und bei dieser Gelegenheit betonte, dieses Signum gelte nur für die DDR, nicht aber für die Bundesrepublik, wo weiterhin „Reaktion, Terror und Kolonialpolitik“ herrschten und die Befreiung erst noch nachgeholt werden müsse.² Die Erinnerung an den 20. Juli 1944 war ebenfalls alles andere als populär; sie fand bis Mitte der fünfziger Jahre überaus defensiv

¹ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 7. September 1950, S. 3086.

² Vgl. Süddeutsche Zeitung, 9. Mai 1950, „Ostzone feiert ‘Tag der Befreiung‘“. S. dazu auch den Beitrag von Monika Gibas in diesem Band.

statt und hatte ihren Ort nur in kleinem offiziellen Kreise. Den Hitler-Attentätern haftete in der breiten Masse der Öffentlichkeit noch lange das Stigma von „Landesverrättern“ an.³ Wesentlich größere Zustimmung fand indessen das Gedenken an die gefallenen Soldaten der Wehrmacht. Der Volkstrauertag wurde seit 1952 bundeseinheitlich wieder im November begangen und damit an die Tradition der Weimarer Republik zur Erinnerung an die Kriegstoten angeknüpft.⁴ Dieses wichtige Symbolfeld nährte künftig die Fama vom „unbefleckten Schild“ der Wehrmacht und dem von ihr geführten „normalen Krieg“, befriedigte mithin ein kollektives psychisches Bedürfnis, ohne die politisch-moralischen Kosten dabei zu berücksichtigen.⁵

Der am 7. September 1950 konstruierte „Nationale Gedenktag des deutschen Volkes“ wiederum – zur Erinnerung an den Tag der Konstituierung von Bundestag und Bundesrat im Jahr davor – war nur mühsam zu ‚pathetisieren‘. Die Bundesrepublik beanspruchte, treuhänderisch für die deutsche Bevölkerung jenseits des Eisernen Vorhangs zu handeln. Der Zusammentritt des Bundestages wurde daher als die erste „sinnhafte Selbstbegegnung“ des deutschen Volkes in seinen freigewählten Vertretern gedeutet – jenes Teils der Deutschen zumindest, die die Freiheit der Wahl besaßen. Aber dieser Tag als symbolische Brücke zwischen Teilstaats- und Nationalbewußtsein blieb Ausdruck einer Verlegenheit. Dem Symbol fehlte nämlich, wie Theodor Heuss treffend bemerkte, der „dramatische Geschichtsakzent“.⁶

³ Siehe die Beiträge in Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime*. Köln 1994.

⁴ Mitteilung des Bundesministeriums des Inneren an die Presse vom 27. Februar 1952, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Rolfilm 060-14. Der Volkstrauertag, der 1934 in Heldengedenktag umbenannt und in den Frühling verlegt worden war, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge veranstaltet und war sowohl den Gefallenen beider Weltkriege als auch den „Opfern der Terrorherrschaft“ gewidmet.

⁵ Zum Zusammenhang siehe Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996.

⁶ Heuss in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Stenographische Berichte*, 1. Wahlperiode, 7. September 1950, S. 3086. Welcher Kalendertag für eine Feier überhaupt in Betracht kommen sollte, war höchst umstritten. Der 23. Mai 1949, an dem das Grundgesetz verkündet wurde, und der 24. Mai, an dem es in Kraft trat, wurden wegen des Provisoriumscharakters gar nicht diskutiert. Auch der 14. August 1949, der Tag der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag, schien ungeeignet für eine staatszeremonielle Selbstdarstellung. So blieben der 7., 12., 15. und 20. September 1949, jeweils Tage, an denen sich die Bundesorgane formierten. Der 7. September, der Tag, an dem Bundestag und Bundesrat zum ersten Mal zusammentraten, und der 12. September, der Tag der Wahl des ersten Bundespräsidenten, standen in den ersten Jahren im Vordergrund der Suche nach Identitätsstiftung durch Feiertage. 1950 und 1952 lud die Bundesregierung jeweils am 7. und 1951 am 12. September zur Feier des „Nationalen Gedenktages des deutschen Volkes“ in den Bundestag ein. Zwar hatten Beamte und Schulkinder Gelegenheit zum Besuch der Feiern, aber zur Einführung eines arbeitsfreien Tages konnte sich die Bundesregierung nicht entschließen. Ohne Arbeitsruhe hatte jedoch die Bevölkerung keine Gelegenheit zur Teilnahme an den Gedenkfeiern.

Diesen dramatischen Akzent besaß erst der 17. Juni 1953. Der Aufstand des 17. Juni im Osten erfuhr eine augenblickliche Sinnstiftung im Westen, vor allem von Seiten der Sozialdemokratie. Der Erinnerungsort „Tag der deutschen Einheit“ war aber nur scheinbar unproblematisch. Sicher, man konnte auf Hergebrachtes rekurren: auf die Nation. Aber fraglich war, ob sich mit dem Aufstand vom 17. Juni das Fundament eines politischen Selbstverständnisses errichten ließ, welches das Spannungsverhältnis von Teilstaats- und Nationalstaatsbewußtsein abmildern oder gar lösen konnte. Wofür stand der 17. Juni eigentlich: für die Gesamtnation, für Einigkeit und Recht und Freiheit und Wiedervereinigung oder für die normative und faktische Bestätigung der Bundesrepublik? Um es an dieser Stelle bereits vorwegzunehmen: Jeder sah im 17. Juni das, was er sehen wollte – Einheit der Nation, Neuauflage der Revolution von 1848, Plebiszit für die Westbindung. Die Deutung des Ereignisses war hochgradig konfliktrichtig, sie führte von Beginn an zu politischen Polarisierungen und Skandalisierungen, die sich im Laufe der Existenz der Bundesrepublik zwar veränderten, nicht aber verringerten.⁷

Außerdem standen der 17. Juni 1953 und der 8. Mai 1945 als historische Bezugseignisse in einem permanenten Spannungsverhältnis zueinander. Beide hatten mit einer erinnerungspolitischen Deutung und Verarbeitung der deutschen Teilung zu tun. Während aber der 17. Juni den Blick von der ersten deutschen Diktatur wegführte und ihn auf die zweite Diktatur, das SED-Regime, fixierte sowie diesem und vor allem der Sowjetunion die Schuld an der Teilung Deutschlands zuschob, war der erinnerungspolitische Inhalt des 8. Mai ein anderer. Er verwies auf Hitler, den Nationalsozialismus und somit den deutschen Eigenanteil am Verlust des Nationalstaates. Vor dem Hintergrund dieses schwierigen Verhältnisses der beiden historischen Bezugspunkte wird erklärbar, warum sich die politischen Feiern der Bundesrepublik bis zum Beginn der Neuen Ostpolitik am Ende der sechziger Jahre nahezu ausschließlich auf den 17. Juni bezogen, danach aber, einhergehend mit der Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa und der DDR, massiv durch das Gedenken an den 8. Mai überlagert wurden.

II. Politische Feiern? Ein Forschungsdefizit zur Geschichte der Bundesrepublik

Seit 1954, so lautet meine These, entwickelte sich in der Bundesrepublik ein reichhaltiger Kult um den deutschen Nationalstaat, der vor allem am „Tag der deutschen Einheit“ begangen wurde. Dieser stand quer zu den vielfältigen Modernisierungsprozessen, die die vorderhand so rasche und geradlinige Aufstiegs Geschichte der postnationalen Demokratie kennzeichneten. Der Kult stellte jedoch nicht nur das retardierende Moment dieser neu-

⁷ Siehe auch Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–1989)*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 44.1998, S. 381–410 sowie ders., *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

en bundesrepublikanischen Identität dar, sondern er leistete etwas Wichtiges: Er kanalisierte den nationalpolitischen Protest in der Ära Adenauer. Ende der fünfziger Jahre ließen die konkurrierenden parteipolitischen Mobilisierungsstrategien nach und wurden abgelöst von einer Politik der konsensualen Emotionalisierung, die nach dem Bau der Berliner Mauer ihren Höhepunkt erreichte und alle Formen der Ritualisierung der Nation noch einmal zur vollen Blüte trieb, bevor der Kult zusammenbrach. Die Zeit zwischen dem Mauerbau 1961, der wie ein Schock wirkte, und der Großen Koalition 1966–69 kann als Wasserscheide gelten: In ihrem Verlauf vollzog sich ein allmählicher Wandel von einer rituellen hin zu einer diskursiven Konstruktion von Identität. Gleichzeitig veränderten sich die Inhalte der Identitätskonstruktion ganz entscheidend: Sie bezogen sich jetzt immer stärker auf die Bundesrepublik als Staatsnation.

Über diesen Kult hat die Forschung bislang hinweggesehen, nicht zuletzt als eine Folge des Forschungsparadigmas, das sich seit Mitte der achtziger Jahre herausgebildet und Faszination entfaltet hat. Die Adenauer-Ära erscheint bei ihrem Hauptinterpreten, Hans-Peter Schwarz, in einem hellen, sympathischen Licht: als eine interessante, spannende Zeit gesellschaftlicher Wandlungsvorgänge, als eine Epoche des Auf- und Abräumens, als eine „Periode aufregender Modernisierung“.⁸ Die fünfziger Jahre wurden als Epochenäsur entdeckt, die die alte und rückständige Welt von gestern von der Bundesrepublik als westeuropäischem Land schied. Sozialstaat und Massenwohlstand sowie posttotalitäre Ideenlandschaft nach innen, vorbehaltlose Öffnung zur westlichen Welt nach außen – die Kontraste zur ersten gescheiterten Demokratie der Weimarer Republik konnten in dieser Sicht nicht größer sein. Rudolf Morsey spricht sogar davon, daß damals eine neue Gesellschaft entstanden sei.⁹ Mit einem kritischen Unterton werden diese Interpretation von Historikern versehen, die eine „Modernisierung unter ‘konservativen’ Auspizien“ konzedieren, daneben allerdings stärker auf ein Wechselspiel von Kontinuitäten und Diskontinuitäten verweisen, je nachdem welche gesellschaftlichen Bereiche man betrachtet.¹⁰

Mit diesem allgemeinhistorischen Forschungsparadigma korrespondiert ein mentalitätsgeschichtliches. Danach hat die politische Elite früh ein posttraditionalistisches Bewußtsein ausgebildet. Die postnationale politische Praxis Konrad Adenauers stand bis in die achtziger Jahre vor allem bei eher konservativen Historikern hoch im Kurs. Adenauers großes Verdienst sehen sie darin, daß er die Westdeutschen von den Vorzügen einer gemäßigten Außenpolitik überzeugt habe, „selbst in der deutschen Frage, wo es

⁸ Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*. Stuttgart 1981, S. 382.

⁹ Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*. München 1995, S. 45.

¹⁰ Zitat von Christoph Kleßmann, *Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 11.1985, S. 476–494, hier S. 485; siehe auch die Beiträge in: Axel Schildt u. Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Bonn 1993.

immerhin Grund zum empörten Dreinschlagen gegeben hätte“.¹¹ Vor der nationalen Frage, so Wolfgang J. Mommsen, seien die Bundesbürger gleichsam weggetaucht. Sie hätten von Beginn an und bis zur Vereinigung 1989 ihr Selbstgefühl fast ausschließlich aus der wirtschaftlichen Leistungskraft bezogen.¹²

Seit der deutschen Vereinigung von 1989/90, in deren Folge sich die Fluchtpunkte historischer Betrachtung verändert haben, sind eher linksliberale Historiker wie Konrad H. Jarausch von der Frage fasziniert, wie diese „Entnationalisierung“, also die Umkehrung des *nation-building*-Szenarios aus dem 19. Jahrhundert, die postnationale Nation hervorgebracht hat.¹³ Winfried Loth betont einen seit 1945 wirkenden Entsolidarisierungsprozeß in Deutschland, der eine Dekomposition der deutschen Nation bewirkt habe.¹⁴ Pointiert spricht Heinrich August Winkler davon, daß eine „posthume Adenauer-sche Linke“ dessen Abkehr vom Nationalstaat heute als große Leistung anerkennt.¹⁵

Auch wenn ein extremer Wiedervereinigungsnationalismus in der Bundesrepublik nie aufgeflammt ist, so war doch auffallend, daß die politische Rhetorik über die fünfziger Jahre hinaus ausgeprägt national blieb. In diesen nationalrhetorischen Bekenntnissen hat die Forschung eine Taktik Adenauers zur legitimatorischen Absicherung der Westintegration gesehen. Ein grundsätzlicher Widerspruch bleibt bei einer solchen Argumentation jedoch bestehen und fällt bei einer Untersuchung nationaler Inszenierungen sofort ins Auge: Der Kult um den deutschen Nationalstaat wurde vor allem von Adenauers deutschlandpolitischen Gegnern initiiert und getragen – doch welche Veranlassung sollten diese gehabt haben, den Kurs des Kanzlers auf diese Weise abzustützen?

Die Wahl der 'richtigen' Symbole für den Staat war in der Bundesrepublik infolge der deutschen Teilung schwierig. Denn die politischen Akteure schwankten zwangsläufig zwischen teilstaatbezogenem oder nationsbezogenem Selbstverständnis des Gemeinwens. Was bedeutete es unter den Bedingungen der Teilung, eine Gesellschaft zu repräsentieren? Der Sinn von Repräsentation ist es, etwas Unsichtbares, Abstraktes durch ein öffentlich anwesendes Sein – eben durch Repräsentation – abbildhaft zu vergegenwärti-

¹¹ Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963*. Stuttgart 1983, S. 382.

¹² Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Wandlungen der nationalen Identität*. In: Werner Weidenfeld (Hg.), *Die Identität der Deutschen*. Bonn 1983, S. 173–192. Diese Interpretation ist gang und gäbe. Sie ist jüngst etwa auch in auflagestarken populärhistorischen Büchern wie dem von Christian Graf von Krokow, *Von deutschen Mythen. Rückblick und Ausblick*. Stuttgart 1995, S. 141 ff. vorgetragen worden.

¹³ Vgl. Konrad H. Jarausch, *Die postnationale Nation. Zum Identitätswandel der Deutschen 1945–1995*. In: *Historicum*. Frühjahr 1995, S. 30–35.

¹⁴ Winfried Loth, *Die Deutschen und die deutsche Frage. Überlegungen zur Dekomposition der deutschen Nation*. In: Ders. (Hg.), *Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit*. Berlin 1995, S. 214–228.

¹⁵ Heinrich August Winkler, *Abschied von den Sonderwegen. Die Deutschen vor und nach der Wiedervereinigung*. In: Ders., *Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert*. München 1997, S. 123–147, hier S. 131.



Abb. 16: Gedenkfeier und Kranzniederlegung für die Opfer des 17. Juni 1953 auf dem Friedhof Seestraße in Berlin-Wedding am 17. Juni 1954

gen.¹⁶ Es ist leicht zu ermessen, welch große Probleme sich damit für die Bundesrepublik auftaten. Denn in ihr war die Politik stets vor die Frage des Bezugspunktes der Staatsidee gestellt, weil Staat und Nation nicht zusammenfielen. Die Malaise schien sich seit 1954 jedes Jahr aufs neue am Tag der Deutschen Einheit zu bündeln. Aber Bundesregierung und Opposition hatten 1954 vereinbart, daß die offiziellen Feiern zum 17. Juni zurückhaltend ausfallen sollten. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus sowie nicht zuletzt aus außenpolitischen Gründen wollte man keinen offiziellen Staatskult ausprägen. Die großen Feiern dürften nicht Aufgabe des Staates sein, sie sollten vielmehr eine „individuelle Gestaltung“ durch die politischen Parteien und wichtigen Verbände erfahren.¹⁷

Daher hilft ein Blick auf die offizielle Staatsymbolik nicht viel weiter. Erweitert man aber die Perspektive auf verfassungspolitische Zwischeninstanzen, auf Institutionen, Parteien und Verbände, geht also in die westdeutsche Gesellschaft hinein, fragt nach Ausprä-

¹⁶ Vgl. die Beiträge in: Gerhard Göhler (Hg.), *Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht*. Baden-Baden 1996.

¹⁷ Vermerk vom 6. April 1954 über eine Ressortbesprechung im Bundesinnenministerium, Bundesarchiv Koblenz, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, B 137, 1047.

gungen, Trägern und Beteiligten von gesellschaftlichen und erinnerungspolitischen Praxen, so entdeckt man vielfältige Formen von Ritualisierungen, Inszenierungen und Emotionalisierungen der Nation, genauer des verlorenen Nationalstaats.

Einige Besonderheiten in der Bundesrepublik müssen dabei beachtet werden. Erstens: Wenn die erinnerungspolitischen Inszenierungen und Ritualisierungen des Kultes um den deutschen Nationalstaat in der Bundesrepublik herausgearbeitet werden, so darf man natürlich nicht übersehen, daß es sich angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit um einen mehrfach gehemmten Kult handelte. Aber es wurde bewußt auf das nationalpolitische Formenarsenal aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückgegriffen, einer Zeit, in welcher die politischen Akteure den nationalen Gedanken noch im Stande politischer Unschuld wähten. Dadurch sollte eine Grenze zum „Dritten Reich“ gezogen werden. Der exzessive Einsatz von Ritualen und ihr Mißbrauch im „Dritten Reich“ haben viele Formen kollektiver Selbstdarstellung in der Bundesrepublik in Verruf gebracht.¹⁸

Zweitens: Die Renaissance des massenmobilisierenden Staatskultes in der DDR¹⁹ wurde als weitere Ausgeburt des Totalitarismus interpretiert. Aber daß dieser in Westdeutschland, wie Hans-Peter Schwarz meint, „nur ein müdes Lächeln des *déjà-vu*“ hervorgerufen und hier eine Politik der Mäßigung und Emotionslosigkeit obwaltet habe,²⁰ trifft nicht zu, sondern läuft auf eine nachträgliche Glättung der Zeit hinaus. Insofern die ersten eineinhalb Jahrzehnte der Bundesrepublik als ein Mix von traditionellen und neuen Elementen erscheinen, ist es lohnend, deren Gründungsgeschichte als eine Geschichte zu beschreiben, in der die symbolisch-rituellen Vergemeinschaftungsformen in Anknüpfung an die Gedächtnispraktiken und -orte des nun verlorenen Nationalstaats konstituierend waren.

Drittens: Konstitutiv waren die Sonderbedingungen des Kalten Krieges, besonders aber der deutsche Systemkonflikt. Zwischen der Bundesrepublik und der DDR war die Vergangenheit umkämpft, und sie wurde geteilt. Nationaler Geschichte kam ein hoher Funktionswert im Systemkonflikt zu. Unentbehrlich für die Identität der Bundesrepublik war die doppelte Diktaturerfahrung: Jeder westdeutsche Erinnerungsort mußte durch den Flaschenhals des Systembruchs von 1933–1945 hindurch. Durch die Gleichsetzung der „roten Diktatur von Pankow“ mit der braunen Diktatur der Nazis entwickelte sich ein doppelter antitotalitärer Konsens. Aber die DDR war nicht nur die negative Vergleichsge-

¹⁸ Zum NS: Sabine Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945*. Vierow bei Greifswald 1996. Zum Umgang nach 1945: Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*. München u. Wien 1995.

¹⁹ Siehe dazu etwa Ralf Rytlewski, Birgit Sauer u. Ulrike Treziak, *Politische und soziale Rituale in der DDR*. In: *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. Opladen 1987 (=Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18.1987), S. 247 ff.

²⁰ Schwarz, *Die Ära Adenauer 1957–1963* [wie Anm. 11], S. 345.

sellschaft.²¹ Sie entwickelte sich auch zu einem Referenzproblem: Denn die DDR versuchte, durch eine Einverleibung bestimmter Traditionen zu erreichen, daß sich die Bundesrepublik nicht mehr ohne weiteres auf diese berufen konnte, weil sie gewissermaßen sozialistisch durch die DDR besetzt waren.

III. Rezeption und Traditionsbrüche: Formen und Medien der Erinnerung

Der Kult um den deutschen Nationalstaat hatte die Funktion, die kollektive Erinnerung an die Gesamtnation aufrecht zu erhalten bzw. zu generieren und die nationale Einheit in Zeiten der Teilung zumindest symbolisch zu konstruieren. Die kulturelle Zielgröße, welche die nationalen Geschichtspolitiker vorgaben, lautete: Nationalbewußtsein. Der 17. Juni war für sie das gesamtdeutsche 'Ursprungsereignis'.²² Die Hauptstoßrichtung der Nationalpädagogik galt dem Versuch einer virtuellen nationalen Vergemeinschaftung der Deutschen durch symbolische Politik. Daraufhin waren die Inszenierungen ausgerichtet: Feuer, Läufe und Fahnen, Reden und Lieder, schließlich „deutscher Geist“ waren die Medien, mit denen vergemeinschaftet werden sollte.²³

Zwei Phasen bundesdeutscher Erinnerungskultur bis zum Ende der sechziger Jahre müssen unterschieden werden: Bis 1958 standen die erinnerungspolitischen Inszenierungen unter dem Primat der politischen Polarisierung. Bis 1968 reichte dann die Zeit des Burgfriedens unter dem gemeinsamen Dach des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ (KUD).

In der Phase der Polarisierung waren die bundesdeutschen Liberalen die besten Zeremonienmeister in der Darstellung der Reichsnation.²⁴ Mit dem Einbruch der Dunkelheit war zwischen 1954 und 1958 jeweils am 17. Juni das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald in weißes und rotes Licht getaucht; im Zusammenspiel mit der schwarzen Nacht ergaben sich so die Farben des Bismarckreiches. Fanfaren erklangen, Pfarrer spendeten den Segen, Fackeln und Spruchbänder säumten den Platz um das Denkmal, an dem sich 20.000 Menschen eingefunden hatten. Die Weise vom „Guten Kameraden“ erklang, dann das verhalten gespielte Deutschlandlied, anonyme Sprecher gaben Losungen zur Wiedervereinigung. Hier, in nächtlicher Feierstunde, wurden die „Gefallenen für die

²¹ Vgl. M. Rainer Lepsius, Die Teilung Deutschlands und die deutsche Nation. In: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, S. 196–228.

²² So der gesamtdeutsch orientierte Politiker Johann Baptist Gradl (CDU) im Schreiben an Kai-Uwe von Hassel (CDU), Ministerpräsident von Schleswig Holstein, 25. Mai 1961, Archiv für christlich-demokratische Politik, Sankt Augustin, Nachlaß Gradl, I-294-064/1.

²³ Siehe dazu auch Edgar Wolfrum, Der Kult um den verlorenen Nationalstaat in der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der 60er Jahre. In: Historische Anthropologie 5.1997, S. 83–114.

²⁴ Zum Begriff und Inhalt „Reichsnation“ siehe Otto Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990. München 1996 (3. erw. Auflage), S. 177 ff.



Abb. 17: Gedenkkundgebung der SPD am Vorabend des 17. Juni 1954 in Berlin

Wiedervereinigung“ geehrt – die toten Aufständischen des 17. Juni, die den „Opfertod“ erlitten, wurden zur geheimnisvollen Verkörperung der Nation erhoben. Schließlich legte man gemeinsam, fast in Form eines Gebets, ein Bekenntnis zum unteilbaren Deutschen Reich ab. Am Ende kam der Große Zapfenstreich. Der Hermannsmythos wurde als retrospektiver Gründungsmythos der deutschen Nation beschworen. Man war bei den angeblichen Ursprüngen der Nation, war in den Wäldern Germaniens angelangt. Von hier aus sollte der Weg gewiesen werden, die deutsche Teilung zu überwinden und den Nationalstaat Bismarckscher Prägung wiederzuerlangen.²⁵

Mit dieser Wiederbelebung des borussischen Reichsmythos konnten die ehemaligen „Reichsfeinde“, die Sozialdemokraten, nichts anfangen. Aber der 17. Juni war ihr, war ein linker politischer Feiertag. Die Initiative zu seiner Einrichtung war von ihnen ausgegan-

²⁵ „Freiheitskundgebung am 17. Juni 1954 am Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald“. In: Illustrierte Beilage zum Rednerschnellbrief der FDP, 24. Juni 1954, Archiv des deutschen Liberalismus, Gummersbach, Nachlaß Thomas Dehler, N1-3054. Zum Hermannsmythos siehe Charlotte Tacke, *Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert*. Göttingen 1995 sowie Andreas Dörner, *Politischer Mythos und symbolische Politik. Sinnstiftung durch symbolische Formen am Beispiel des Hermannsmythos*. Opladen 1995.

gen, und den Namen „Tag der deutschen Einheit“ hatte Herbert Wehner erfunden. Hat-ten sich doch wieder einmal die ärmsten Brüder der Nation, die Arbeiter, für die wahren Interessen des Vaterlandes eingesetzt, die von der Regierung Adenauer im Zeichen einer unbedingten Westbindung offenbar so schmäählich vernachlässigt wurden. Gemeinsam mit dem Verband der Sowjetzonenflüchtlinge und den Gewerkschaften richteten die Sozialdemokraten die meisten und größten Feiern aus. Sie dienten nicht allein der Erinnerung an den 17. Juni 1953 in der DDR, sondern anfangs noch viel stärker zur Mobilisierung gegen die Bundesregierung. Riesige Bilder vom „Marsch der Hennigsdorfer Arbeiter“ als Sinnbild einer kräftigen, gesamtdeutschen Arbeiterbewegung prangten über den Tribünen. Die Reden und Arbeiterfäuste richteten sich gegen die SED und gegen Adenauer. Hier wurde ein Arbeiterkampftag gefeiert, wie am 1. Mai, aber der Ton der Reden war fast deutsch-national. In hunderten von Städten, besonders aber in Berlin, wurde zum Auftakt der Feiern der „Sozialistenmarsch“ gespielt, dann sangen die Falken „Hebt unsere Fahnen in den Wind“. Anschließend gab es flammende Reden, dann „Brüder zur Sonne zur Freiheit“, am Ende die dritte Strophe des Deutschlandliedes. Im gereizten antikommunistischen Klima der fünfziger Jahre ereigneten sich zahlreiche Zwischenfälle. So fuhr, um ein Beispiel zu nennen, am Abend des 17. Juni 1957 in Berlin ein Kombiwagen mit zwei Lautsprechern auf eine SPD-Kundgebung zu und spielte „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“. Die Menge glaubte, es handele sich um eine Provokation aus dem Osten, stürzte den Wagen um, zog vier junge Männer heraus, beschimpfte sie als „Kommunistenschweine“ und verprügelte sie. Später stellte sich heraus, daß es West-Berliner Sozialdemokraten waren.²⁶

Bundeskanzler Adenauer wollte den Tag der deutschen Einheit nicht. Er traute den Deutschen so kurz nach dem „Dritten Reich“ nicht und hielt nichts von einem Hochkochen der Emotionen. Eine nationalpolitische Mobilisierung war ihm ein Graus. Sein Mythos des 17. Juni lautete: Aufstand für die Westbindung. Die westintegrierte Bundesrepublik sollte ungeachtet aller Kontingenzen als sinnvolles, die Wiedervereinigung verbürgendes Gebilde dargestellt werden. Aber Adenauer wußte, daß er seinen anti-nationalen Westkurs mit nationalrhetorischen Bekenntnissen abstützen mußte, wollte er die Mehrheit der Bundesdeutschen hinter sich bringen. Sein „Rütli-Schwur“ auf der Trauerfeier für die Toten des 17. Juni vor dem Schöneberger Rathaus 1953 machte Furore.²⁷

²⁶ Programmabläufe im Nachlaß des Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Neumann, Franz-Neumann-Archiv, Berlin. Dort auch die Schilderung des Vorfalls.

²⁷ Er lautete: „Das ganze deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen, und wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen und wir werden nicht rasten – diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk – bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.“ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 24. Juni 1953, Nr. 116, S. 985. Zu Adenauers Geschichtsverständnis – neben den Arbeiten von Hans-Peter Schwarz – Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie. Frankfurt/M. u. Berlin 1994 und Anneliese Poppinga, Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis. Stuttgart 1975.

Vorschläge für Denkmäler, die sich auf diesen Schwur bezogen, tauchten auf. So sollte am Deutschen Eck bei Koblenz eine riesige Schwurhand errichtet werden, als Sinnbild der Treue und als Gelöbnis, die Brüder und Schwestern jenseits der Elbe nicht zu vergessen. Andere Pläne sahen vor, das Niederwalddenkmal zu beseitigen und dort ein Mahnmal für die Wiedervereinigung zu schaffen. Dies hätte auch den Vorteil einer Versöhnungsgeste gegenüber Frankreich gehabt. In Berlin machten Pläne die Runde, eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer des 17. Juni zu bauen, bestehend aus einem vierzig Meter hohen Turm und einer hundert Meter langen Ehrenhalle, die als Zeichen der Unterdrückung nach Osten geschlossen und als Zeichen der Freiheit nach Westen geöffnet sein sollte. Manche träumten davon, den zerstörten Reichstag abzureißen und dort eine Art Pantheon für die Freiheitskämpfer zu errichten. Der amerikanische Geheimdienst lancierte den Plan eines „Go Home Ivan Day“ in der Bundesrepublik.²⁸

Das Kennzeichen dieser Phase war ein erinnerungspolitischer Wettstreit, in dem jedoch die tagespolitischen Erfordernisse der Akteure im Zentrum standen. Diese Polarisierung fand 1958 ein Ende; unter der Regie des überparteilichen Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“²⁹ erhielten die Feiern einen weniger konflikthaften und viel stärker allgemeinverbindlichen Charakter.

Von der Insel Helgoland bis zur Zugspitze, vom Harz bis zur Eifel brannten seither am 17. Juni Feuer. In Tausenden von Städten in der Bundesrepublik gab es Fackelzüge zu zentralen Punkten, zu Markt- und Sportplätzen oder zu nahegelegenen Anhöhen. In Westberlin leuchteten von allen Türmen und Hochhäusern sowie von sämtlichen natürlichen Erhebungen Feuer „hinaus in die Zone“. Die Siegessäule, die mitten auf der Straße des 17. Juni steht, war in rotes Licht getaucht.³⁰ Mahnfeuer, Feiheitsfeuer, Fackelzüge – das Muster für diese Feuerinszenierungen fand sich in der frühen deutschen Nationalbewegung im Festmodell von Ernst Moritz Arndt.³¹ Die Feuer sollten den Zusammenhalt der Patrioten bewirken und Zeugnis ablegen von der Solidarität aller Deutschen. Sie waren ein Identifikationsappell, bedeuteten aber zugleich eine archaische Drohgebärde gegenüber dem SED-Regime und symbolisierten den Kampf zwischen Gut und Böse,

²⁸ Vgl. Christian F. Ostermann, „Die Ostdeutschen an einen langwierigen Kampf gewöhnen“. Die Vereinigten Staaten und der Aufstand vom 17. Juni 1953. In: *Deutschland Archiv* 30.1997, S. 350–368.

²⁹ Siehe Leo Kreuz, *Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau, Programmatik, Wirkung*, Opladen 1980 sowie Christoph Meyer, *Die deutschlandpolitische Doppelstrategie*. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Landsberg 1997.

³⁰ Zusammenstellung sämtlicher „Mahnfeuer“ in Berlin, Franz-Neumann-Archiv, Berlin, Nachlaß Franz Neumann, Ordner 17.

³¹ Siehe Dieter Düding, *Das deutsche Nationalfest von 1814. Matrix der deutschen Nationalfeste*. In: Ders., Peter Friedemann u. Paul Münch (Hg.), *Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*. Reinbek bei Hamburg 1988, S. 67–88. Gegen diese These vom Urtypus des Nationalfestes jetzt: Ute Schneider, *Die Feiern der Leipziger Schlacht am 18. Oktober 1814 – eine intellektuelle Konstruktion?* In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 133.1997, S. 219–238. Dies., *Politische Festkultur im 19. Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1806–1918)*. Essen 1995.



Abb. 18: Gedenkkundgebung der Heimatvertriebenen am Vorabend des 17. Juni 1954

zwischen Licht und Finsternis. Schließlich waren sie Ausdruck der Verheißung für eine nationale Zukunft, nachdem die „Fremdherrschaft“ im Osten dereinst beendet sein würde.

Ebenfalls aus dem Formenarsenal des 19. Jahrhunderts stammten die Massenläufe. Unter dem Motto „Aktion Terminus“ veranstaltete das KUD 1959 erstmals einen gut organisierten großen „Fahnenlauf der deutschen Jugend“, der von Lübeck am Grenzgebiet entlang nach Hof führte. Von 1960–67 projektierte das KUD dann jedes Jahr groß angelegte, monatelang ausgearbeitete, mehrwöchige „Stafettenläufe der Jugend“, die jeweils in fünf bis zehn Staffelsäulen von der Nord-, West und Südgrenze des Bundesgebietes zu vier bis acht Endpunkten an der „Zonengrenze“ führten. Sie erreichten am 17. Juni ihren jeweiligen Bestimmungsort, wo Abschlußkundgebungen stattfanden; insgesamt 40.000 Jugendliche waren jährlich beteiligt.³²

In Fallersleben, dem Geburtsort des Dichters der Nationalhymne, wurde außerdem ein Feuer entzündet und in einer Grubenlampe – nach Art des olympischen Zeremoniells – von Hannover nach Berlin geflogen. Vom Flughafen Tempelhof aus trugen es junge Läufer in einem weiteren Stafettenlauf quer durch West-Berlin. Vor dem Schöneberger Rathaus übergaben sie das Feuer feierlich dem Regierenden Bürgermeister, damals Willy Brandt, der dann eine Feuerschale entzündete. Auch vor den Stufen des Reichstagsgebäudes waren Fackeln entzündet worden, und die Fackel-Läufer fanden sich nun ebenfalls vor dem Rathaus ein.³³

Die Staffettenläufe standen jährlich unter einem anderen Motto: „Aktion Selbstbestimmung“, „Einheit und Freiheit“, „Wir gehören zusammen“, „Menschenrechte für alle“ usw. Die Läufer trugen immer die 22 Fahnen aller Länder im geteilten Deutschland als sichtbares Erinnerungszeichen quer durch die Bundesrepublik an die innerdeutsche Grenze. Auch führten sie Spruchbänder und Pergament-Schriftrollen für Eintragungen mit. Jährlich wurden 7000 Kilometer zurückgelegt. Man berührte rund 100 Landkreise und über 700 Städte und Gemeinden, in denen große Veranstaltungen stattfanden. Bis Anfang der sechziger Jahre beteiligten sich somit Jahr für Jahr rund fünf Millionen Menschen am Kult.³⁴ Auch Gottesdienste wurden miteinbezogen. Prozessionen entlang der Zonengrenze waren keine Seltenheit. Ein Beobachter schrieb: „Um 20 Uhr läuten die Glocken. Die Feiern beginnen. In den Kirchen wird gebetet: ‘Einigkeit und Recht und Freiheit!’. Mit tausend Stimmen in Stadt und Land schwingt sich dieser Ruf eines fordernden Volkes nach den Feiern zum nächtlichen Himmel empor.“³⁵ Außerdem blüte

³² Eine Übersicht sämtlicher Fahnenstafetten, Bundesarchiv Koblenz, Kuratorium Unteilbares Deutschland, B 254.

³³ Photographien dieses Ereignisses in der Landesbildstelle Berlin, Bildarchiv.

³⁴ Zahlen (von 1961) im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 67, 6. April 1962, S. 564.

³⁵ Schreiben des Bundestags- und Europaabgeordneten Robert Margulies (FDP) an Erich Mende (FDP), vom 22. Juni 1960, Archiv des deutschen Liberalismus, Gummersbach, Bestand Erich Mende A/031-0063.

eine wahre „Juni-Lyrik“: Patriotische Lieder und Gedichte standen v.a. bei der Arbeiterbewegung hoch im Kurs. Wiedervereinigungsplaketten und Abzeichen wurden über 20 Millionen Mal verkauft. Es gab eine Unzahl von Denkmalsbewegungen.³⁶

IV. Der Mißerfolg des Kultes im Zeichen der Selbstanerkennung der Bundesrepublik

Kann man etwas feiern, woran das eigene Staatsvolk nicht beteiligt war? Lebensgeschichtlich ging der Inhalt des Aufstandes vom 17. Juni 1953 an der Welt der Bundesbürger völlig vorbei. Das Ereignis entfaltete immer weniger eine symbolische Kraft. Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 rüttelte die Westdeutschen noch einmal auf und rückte die Nation wieder in das öffentliche Bewußtsein. Anschließend aber kam es zu einer Verinnerlichung der deutschen Teilung – angesichts ihrer sichtbaren Zementierung –, die vertraute Erfahrung der Nation schwand ebenso wie die Erlebnisse nationaler Vergemeinschaftung. Das gesamtdeutsche Gewissen blieb einzig in demoskopischen Erhebungen präsent, schwand aber auch hier, sobald nach einer konkreten Opferbereitschaft für die deutsche Einheit gefragt wurde. Das Wortpaar „Einheit in Freiheit“ wandelte sich in „Einheit in Freizeit“.³⁷

Es verwoben sich mehrere Tendenzen, die zusammen genommen eine Erklärung dafür bieten, daß der verlorene Nationalstaat aus dem Zentrum des Bewußtseins rückte. Die bedeutsamste Tendenz war die Verwestlichung der Mentalitäten. Im ersten Drittel der sechziger Jahre, ökonomisierte sich das bundesdeutsche Selbstverständnis. Ein materiell begründetes Selbstbewußtsein trat an die Stelle des nationalen. Überdies wirkte der Tag der Deutschen Einheit in Westdeutschland deshalb immer weniger in Richtung auf die Nation, weil in der Adenauer-Ära der Nationalismus als Integrationsideologie durch den Antikommunismus abgelöst worden war. Insofern stabilisierte der Feiertag sogar die Bundesrepublik, die er affirmativ und unter Ausnutzung ihrer eigenen Gründungsmythen überhöhte. Umfragen zum Staats- und Nationalbewußtsein der Bundesdeutschen signalisierten eine zunehmende Systemakzeptanz und Demokratiezufriedenheit. Auffallend war außerdem, daß „Deutschland“ als Begriff für den Westteil vereinnahmt wurde. Einerseits kann dies als populärer Ausfluß des bis 1968 regierungsamtlich vertretenen Alleinvertretungsanspruchs gedeutet werden; andererseits kam hierin aber auch eine zunehmende gefühlsmäßige Distanz zur DDR zum Ausdruck. Unverkennbar war, daß die Bundesrepublik sich auf dem Weg zur Selbstanerkennung als Staatsnation befand und

³⁶ Vgl. Eberhard Elfert, *Bestehende Denkmäler zum 17. Juni in Berlin. Entstehung und Nutzung*. In: *Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr Berlin (Hg.), Symposium zum Denkmal für die Ereignisse des 17. Juni 1953. Dokumentation*. Berlin 1996, S. 70–80.

³⁷ *Der Spiegel*, 15. Juni 1969, „Einheit in Freizeit“.

im Bewußtsein der Bürger den Provisoriumscharakter verlor.³⁸ Dieser Prozeß gewann im Laufe der sechziger Jahre an Fahrt, nicht zuletzt infolge generationeller Umbrüche. Die Orientierung an den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 begann sich fünfzehn Jahre nach Gründung der Bundesrepublik bei der nachwachsenden Generation abzuschwächen.³⁹

Die meisten der westdeutschen Bürger gaben seither einem pragmatischen Denken den Vorzug: Der Stolz auf die „Nation“ bezog sich auf die Leistungen und Merkmale des politischen Gemeinwesens der Bundesrepublik; ihr gegenüber war die anfängliche emotionale Distanz völlig gewichen. Der Kult um die Nation hatte noch greifen können, solange die Einheit als Selbstverständlichkeit und die Bundesrepublik als zeitlich begrenzt betrachtet wurde. Aber eines konnte dieser Kult nicht leisten – und hierin unterschied sich die deutsche Situation gravierend von anderen Staaten, in denen sich Verfassungsordnung und Nation gegenseitig bedingten: Er vermochte nicht, den Status quo zu legitimieren. Im Gegenteil: Sein Kern war ja gerade eine an der Vergangenheit ausgerichtete Revision des Gegenwartszustandes. Eine solche Revision konnte jedoch nur dann auf massenhafte Unterstützung rechnen, wenn die Gegenwart als bedrückend oder schlecht, eben als revisionsbedürftig wahrgenommen wurde. Das war jedoch seit Anfang der sechziger Jahre in der Bundesrepublik nicht mehr der Fall, als die Zweistaatlichkeit keinen Störfaktor mehr für die unmittelbare Lebenszufriedenheit im Westen bedeutete. Der Bedarf an einer symbolischen Heimat namens Gesamtnation war in zunehmendem Maße durch die reale, pragmatische, z.T. auch emotionale Heimat namens Bundesrepublik abgelöst worden. Angesichts der Konkurrenz mit der Bundesrepublik war die Gesamtnation für die meisten kein attraktives Sinnangebot mehr.

V. Abschied vom 17. Juni und Wiederkehr des 8. Mai

Die Parteien der Großen Koalition verzichteten 1968 bewußt auf eine Gedenkstunde zum Tag der Deutschen Einheit. Der Abschied von den Feiern des 17. Juni, in denen

³⁸ Demoskopische Daten bei: Werner Weidenfeld u. Manuela Glaab, Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen – Konstanten und Wandlungen. Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung 1945/49–1990. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. vom Deutschen Bundestag, Band V/3, Frankfurt/M. 1995, S. 2798–2962.

³⁹ Hinzu kamen ein allgemeiner Wertewandel und Veränderungen des historisch-politischen Bewußtseins, in Stichworten: der Jaspers-Skandal, die Fischer-Kontroverse, die NS-Verjährungsdebatten und NS-Prozesse. Insgesamt war die Nation nicht mehr die unverbrüchliche Bezugsgröße. Die Politik und die politische Kultur der Bundesrepublik wandelten sich, ganz zu schweigen von den internationalen Rahmenbedingungen. Dazu Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland [wie Anm. 7], S. 211 ff.

man nun – angesichts eines beginnenden Wandels der Deutschland- und Ostpolitik – ein Relikt des Kalten Krieges sah, geschah parteiübergreifend. Aber einer Streichung des Feiertages, auf die man sich in der Großen Koalition schon geeinigt hatte, widersetzte sich die CDU/CSU, als sie ab Ende 1969 erstmals in der Bundesrepublik auf den harten Oppositionsbänken Platz nehmen mußte. Sie konnte so den Sozialliberalen, die an den Plänen festhielten, das Stigma der nationalen Unzuverlässigkeit und der Geschichtsvergessenheit anhängen.⁴⁰

Die Gedächtnisweichen zur Marginalisierung des „17. Juni“ waren also gestellt, als die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt im Dezember 1969 an die Macht kam. Zum Schlüsselbegriff im politischen Diskurs wurde jetzt, die „Substanz der Nation“ zu bewahren; Ziel war, die unmenschlichen Auswirkungen der Teilung praktisch zu mildern und Wege zu ihrer Überwindung zu suchen. Die DDR-Führung alljährlich am 17. Juni auf die Anklagebank zu setzen, wäre dabei kontraproduktiv gewesen. Die Neue Ostpolitik Brandts und Scheels⁴¹ war vor allem deshalb in weiten Teilen auch eine geschichtspolitische Provokation, weil sie beharrlich an die Wurzel des deutschen Unheils erinnerte, das 1933 mit der Machtergreifung Hitlers und nicht erst 1945 begann. Die Teilung Deutschlands galt als das durch Deutsche selbstverschuldete Urteil der Geschichte.

Erst jetzt trat der 8. Mai 1945 stärker in den Vordergrund. Bisher hatten die Jahrestage der Kapitulation nur sehr geringe Beachtung gefunden. Der Tag hatte sich im festen Griff der DDR befunden, die ihn für ihre Kampagnenpolitik gegen die Bundesrepublik nutzte. Die einschneidenden Veränderungen werden deutlich, wenn man die Erinnerung an den 8. Mai in unterschiedlichen Phasen der Bundesrepublik betrachtet: 1955, 1965, 1970 und 1985.

Für die politische Kultur und das politisch-kulturelle Klima der fünfziger Jahre war es charakteristisch, wie 1955 der zehnjährigen Wiederkehr der deutschen Kapitulation gedacht wurde: Das offizielle Bonn feierte in jenen Tagen das Ende der Besatzungszeit, das mit dem Deutschlandvertrag und dem Beitritt zur NATO eingeläutet wurde; von der Wiederkehr des Endes der NS-Zeit nahm man so gut wie keine Notiz.⁴² Dieser Trend hin zur bundesrepublikanischen Selbstvergewisserung setzte sich 1965 massiv fort. Zwanzig Jahre nach Befreiung und bedingungsloser Kapitulation erfreute sich die Bundesrepublik

⁴⁰ Vgl. Wolfrum, *Geschichtspolitik und deutsche Frage* [wie Anm. 7], S. 407.

⁴¹ Siehe Peter Bender, *Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, München 1995; Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München u. Wien 1993.

⁴² Vgl. Bernd Faulenbach, *NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 22.1987*, S. 19–30, hier S. 21. Siehe auch Volker Ackermann, *Zweierlei Gedenken. Der 8. Mai 1945 in der Erinnerung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*. In: Holger Afflerbach u. Christoph Cornelißen (Hg.), *Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierung nach 1945*. Tübingen u. Basel 1997, S. 315–333 sowie Jan-Holger Kirsch, *„Wir haben aus der Geschichte gelernt“*. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland. Köln, Weimar u. Wien 1999.

einer kräftigen Konstitution, die in einem völligen Gegensatz zu dem gespenstischen Vakuum des Jahres 1945 stand. Von allen Seiten wurde den Bundesbürgern angeraten, sich weiterhin mit Selbstvertrauen zu rüsten. Die Deutschen bedürftten, so Bundeskanzler Ludwig Erhard am Jahrestag des Kriegsendes, eines klaren Bewußtseins ihrer eigenen Geschichte, um auch die Zukunft nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können.⁴³ Über Rundfunk und Fernsehen strich er den Aspekt der seit 1945 zuteil gewordenen „Gnade“ heraus, „daß wir noch einmal die Kraft fanden, von neuem zu beginnen, daß wir uns aus Schutt und Trümmern eine neue Welt bauen konnten, daß wir eine wirtschaftliche und soziale Ordnung errichteten, die, was Menschenwerk nur immer vermag, Not lindern und Schuld zu sühnen suchte“⁴⁴. Diese Töne harmonisierten in auffälliger Weise mit denen, die der SPD-Vorsitzende Willy Brandt anschlug. Zwar bedauerte er, daß ein gemeinsames und vorher abgestimmtes Vorgehen zwischen Regierung und Opposition nicht zustande gekommen war, um dann aber fortzufahren: „Zwanzig Jahre sind genug – genug der Spaltung, genug der Resignation und genug des bloßen Rückwärtsschauens.“ Die letzten zwanzig Jahre, so der SPD-Vorsitzende pathetisch, „sind unsere Arbeit und unsere Sorgen, unsere Einsicht und unsere Standhaftigkeit, unsere Hoffnung und unser Stolz, sie sind unser Leben“. Kein Volk könne ohne Stolz leben.⁴⁵

Erhard und Brandt, die Regierung und die Opposition, einte 1965 ein gemeinsames Ziel: Ein „geläutertes Volk“⁴⁶ vor den kommunistischen Angriffen in Schutz zu nehmen, die wie erwartet anläßlich der Wiederkehr des 8. Mai 1945 auf die Bundesrepublik niederprasselten. Die Ostblockländer demonstrierten um dieses Schlüsseldatum herum ihre militärische Macht und erklärten wie aus einem Munde, daß das „imperialistische Lager“ nichts aus der Vergangenheit gelernt habe. Dies gelte besonders, so etwa der sowjetische Verteidigungsminister Malinowski, für die USA, die ein „schmachvolles Bündnis mit dem westdeutschen Revanchismus“ geschlossen hätten.⁴⁷ Nicht weniger wortgewaltig zog Parteichef Breschnew über die „deutschen Militaristen“ vom Leder und verglich eine etwaige Wiedervereinigung mit Hitlers Machtantritt.⁴⁸ Die polnische Führung beging den Jahrestag des 8. Mai als gezielte Demonstration für die Oder-Neiße-Grenze nicht in Warschau, sondern in Breslau.⁴⁹ Der tschechoslowakische Staatspräsident Novotny verurteilte die USA und die Bundesrepublik als Anheizer internationaler Spannungen.⁵⁰

⁴³ Ansprache des Kanzlers auf der Hauptversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages. In: Die Welt, 9. Mai 1965, „Erhard: Wir brauchen ein klares Bewußtsein unserer Geschichte“.

⁴⁴ Süddeutsche Zeitung, 8./9. Mai 1965, „Erhard zum 20. Jahrestag der Kapitulation“.

⁴⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 1965, „Brandt: Zwanzig Jahre sind genug“ und Die Welt, 8. Mai 1965, „Brandt: Zwanzig Jahre sind genug“.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Süddeutsche Zeitung, 10. Mai 1965, „Die Siegesfeiern in Ost und West“.

⁴⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Mai 1965, „Moskau vergleicht Wiedervereinigung mit Hitlers Machtantritt“.

⁴⁹ Süddeutsche Zeitung, 10. Mai 1965, „Die Siegesfeiern in Ost und West“.

⁵⁰ Ebd.

In Bonn dokumentierte sich der Tiefststand der deutsch-sowjetischen Beziehungen in einem Eklat: Der sowjetische Botschafter Smirnow gab in der Bad Godesberger Stadthalle am 9. Mai einen Empfang zum 20. Jahrestag des sowjetischen Sieges, an dem die eingeladene bundesdeutsche Prominenz aber nicht teilnahm – ein Deutscher könne da doch nicht hingehen und auf die eigene Niederlage trinken, lautete beispielsweise der Kommentar von Hans Kroll, einst deutscher Botschafter in Moskau und mit Smirnow gut bekannt.⁵¹ Ost-Berlin ließ es nicht an Eifer fehlen, die Bundesrepublik als potentiellen Kriegsherd zu diffamieren. Von dort konnte man Ulbrichts Philippika gegen den „westlichen Imperialismus“ vernehmen. Vor der Volkskammer versicherte der Parteichef: Die „Stimme der großen deutschen Nation ertönt hier“. In der Bundesrepublik hingegen müsse die Befreiung, die 1945 steckengeblieben sei, vollendet werden. In fast acht Kilometer langen Militärparaden und einem Propagandaaufwand ohnegleichen wurde die Waffenbrüderschaft des „friedliebenden, wahren Deutschland“ mit der Sowjetunion bekundet.⁵²

Hatte man mit solchen Verlautbarungen in Westdeutschland schon gerechnet, so ließen zu allem Unglück auch die Westmächte die Bundesrepublik allein. Niemals war Bonn einsamer als in der zweiten Maiwoche des Jahres 1965. Besonders die französischen Siegesfeiern entsprachen im Aufwand der Anstrengungen und Kosten den angekündigten Superlativen. Bonn hätte diese Bekundung französischer „Gloire“ noch nachgesehen, aber entsetzt zeigte sich die Bundesregierung darüber, daß Frankreich sich gegen eine gemeinsame Deutschland-Erklärung der drei Westmächte zum 8. Mai sträubte, um die sich das Auswärtige Amt mit viel Energie bemüht hatte. Es sei unmöglich, so verlautete es aus dem Elysée-Palast und dem Quai d'Orsay, am 20. Jahrestag des alliierten Sieges über Hitler-Deutschland eine Erklärung zugunsten der deutschen Wiedervereinigung abzugeben. Man könne nicht einen Sieg feiern und sich gleichzeitig gegen die inzwischen allgemein als selbstverständlich anerkannte internationale Ordnung wenden und sich zu einer uneingeschränkten Partnerschaft mit der Bundesrepublik bekennen. Vielmehr sei es angebracht, auf die Gefühle der öffentlichen Meinung in Frankreich und Osteuropa Rücksicht zu nehmen.⁵³ Das war ein Schlag ins Gesicht der Bonner Regierung, die sich seit Beginn der Kanzlerschaft Erhards im ständigen Hader mit Paris befand;⁵⁴ dabei war der deutsch-französische Freundschaftsvertrag gerade einmal zwei Jahre alt. Walter Ulbricht triumphierte in Ost-Berlin und sandte de Gaulle ein Glückwunschtelegramm.⁵⁵ Die Bonner Diplomatie war am Boden zerstört.

⁵¹ Der Spiegel, 12. Mai 1965, „Kapitulationstag. Lieber ins Grüne“.

⁵² Süddeutsche Zeitung, 10. Mai 1965, „Ulbricht läßt Kanonen auffahren“.

⁵³ Süddeutsche Zeitung, 24./25. April 1965, „Frankreich war gegen Deutschland-Erklärung am 8. Mai“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai 1965, „Bonn über Pariser Haltung besorgt“.

⁵⁴ Siehe Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München u. Landsberg am Lech 1996, S. 443 ff.

⁵⁵ Frankfurter Rundschau, 10. Mai 1965, „Ulbricht beglückwünscht de Gaulle“.

Fünf Jahre später, mit dem Beginn der Neuen Ostpolitik, schob sich der 8. Mai in anderer Weise nach vorne. 1970 gab es anlässlich dieses Datums erstmals eine Sondersitzung des Bundestages. Bundeskanzler Brandt warb um eine Aussöhnung mit dem Osten und den Opfern der NS-Gewaltspolitik. Der Redner der CDU, Richard von Weizsäcker, zeigte sich skeptisch: Niederlagen wie den 8. Mai könne man nur schwer würdigen und gar nicht feiern. Seither wurde beständig über den 8. Mai gestritten; der Kulminationspunkt in der alten Bundesrepublik war 1985 erreicht.

Erstmals nach 40 Jahren wurde der Jahrestag der Kapitulation 1985 zum Bezugspunkt einer öffentlichen Reflexion über das Verhältnis der Bundesrepublik zum Nationalsozialismus und über die Position im westlichen Bündnis. Vorausgegangen war das – als demütigend empfundene – demonstrative Übergehen der bundesdeutschen Repräsentanten bei den Feiern zum 40. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie, die Befürchtungen entstehen ließen, die Alliierten könnten am 8. Mai eine Siegesfeier auf deutschem Boden veranstalten.⁵⁶ 1985 wurden grundsätzliche Fragen deutscher Politik thematisiert: War die Bundesrepublik gleichberechtigter Partner im westlichen Bündnis oder immer noch der mißtrauisch beäugte Kriegsgegner von gestern? In welchem Verhältnis standen die zwölf Jahre des „Dritten Reiches“ zu den vierzig Jahren stabiler bundesrepublikanischer Demokratie? Mußte die Bundesrepublik weiter die 'obsessiven' Verweise auf die NS-Vergangenheit ertragen, oder konnte sie einen Anspruch auf Lernerfolg geltend machen? Wie konnte der deutschen Kriegsoffer im Verhältnis zu den Opfern des Völkermords gedacht werden?

Versöhnung, demonstrative Verbundenheit und der Blick nach vorn standen auf dem Programm der Inszenierung auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, Kritisches sollte ausgeklammert werden.⁵⁷ Mit ihrem Drängen, an Bitburg festzuhalten – obwohl bekannt wurde, daß dort auch Angehörige der Waffen-SS begraben lagen – und die Geste lediglich durch einen anschließenden Besuch in der Gedenkstätte Bergen-Belsen abzufedern, stürzte die Bundesregierung den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in seine schwerste innenpolitische Krise. In der Bundesrepublik war die Bitburg-Affäre so brisant, weil sich mehrere politische Komplexe überschneiden. Zunächst überlappten sich der Ost-West-Konflikt mit dem Antiamerikanismus der deutschen Friedensbewegung und der nachdrücklichen Betonung der deutsch-amerikanischen Freundschaft seitens der Bundesregierung. Diese wollte im Verein mit der konservativen Presse – zugespitzt formuliert – die Bundesrepublik retrospektiv zu einem Mitglied der Westalliierten machen, womit der 8. Mai für die Bundesrepublik als Schlüsseldatum wieder verschwand. Daran schloß sich der Themenkomplex: demokratische Gegenwart versus nationalsozialistische

⁵⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 15. Dezember 1984, „Bonn gegen Siegesfeier der Westalliierten am 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation“; Frankfurter Rundschau, 14. Dezember 1984, „Der Tag der Kapitulation bereitet Bonn Kopfzerbrechen. Bundesregierung möchte Feiern der Alliierten am 8. Mai auf deutschem Boden verhindern“.

⁵⁷ Die Welt, 17. Dezember 1984, „Kohl will Versöhnungsgeste am 8. Mai“.

Vergangenheit an. Bedenkt man, daß Moskau von konservativer Seite unterstellt wurde, den 8. Mai zu Disziplinierungszwecken der Deutschen zu „besetzen“,⁵⁸ so schlugen zwei gegensätzliche Geschichtsbilder durch; der Zukunftsorientierung West stand die Rückwärtsgewandtheit Ost gegenüber. Die oppositionellen Codewörter des Diskurses lauteten: vierzig Jahre Demokratie versus Nationalsozialismus; Versöhnung versus Erinnern; Kriegstote versus Täter; Freunde des Westens versus Nazienkel; Selbstbewußtsein versus „Büßerhaltung“. Die „letzten moralischen Überbleibsel der Bewährungsfrist für eine historische moralische Schuld“, so Charles S. Maier treffend, sollten symbolisch ausgelöscht werden.⁵⁹ Die negative Vergangenheit sollte zu diesem Zweck zwar nicht geleugnet, aber durch die Ehrung auch der deutschen Kriegsoffer ausbalanciert werden. Nach den Intentionen der konservativen Medien und des Bundeskanzleramtes sollte die Bitburg-Feier ein Ende der Diskurse um die Vergangenheitsbewältigung bedeuten und die Bundesrepublik mit einem rein positiven Gründungsmythos einer rechtsstaatlichen Demokratie nach westlichem Muster unter Ausklammerung der NS-Vergangenheit ausstatten.

Im Ergebnis erwies sich dieses geschichtspolitische Unterfangen als kontraproduktiv. Die Bitburg-Affäre löste einen erneuten Thematisierungsschub zur NS-Vergangenheit aus; weltweit und zumal in der Bundesrepublik stellten sich Fragen nach der Qualität der deutschen Vergangenheitsbewältigung. Indessen: Umfragen zufolge hieß eine Zweidrittelmehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung das Festhalten am Programmpunkt „Bitburg“ gut.⁶⁰

VI. Fazit: Politische Feiern in der Bundesrepublik oder die Suche nach Identität

Für die großen politischen Lager in der Bundesrepublik blieben die Erinnerungsorte 8. Mai 1945 und 17. Juni 1953 ein öffentliches Forum gegenseitiger Anklageverlesung. Der 17. Juni war bis Ende der sechziger Jahre wesentlich zentraler, erst danach schob sich der 8. Mai in den Vordergrund. An beiden historischen Bezugspunkten wurde über Nation und Diktatur verhandelt, aber nur am 8. Mai mußte man über die NS-Diktatur sprechen. An diesen Knotenpunkten der Auseinandersetzung um die Voraussetzungen und die Zukunft der deutschen Frage wurde mit Bitterkeit und zunehmender Verkrampfung die Debatte über den Standort der Bundesrepublik geführt. Für die politische Linke lau-

⁵⁸ Z.B. Die Welt, 17. Oktober 1984, „Wie Moskau die Gedenkfeier des 8. Mai vorbereitet. Ein wichtiges Thema wird zu Disziplinierungszwecken ‘besetzt‘“.

⁵⁹ Charles S. Maier, Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen. Frankfurt/M. u. New York 1992, S. 16.

⁶⁰ Vgl. Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989. Frankfurt/M. u. New York 1997, S. 423. Je nach politischer Orientierung variierte die Zustimmung von 86 Prozent bei den CDU/CSU-Sympathisanten bis zu 24 Prozent bei denen der Grünen; nur 17 Prozent der gesamten Befragten übten an „Bitburg“ Kritik.

tete die Frage, was von der Westpolitik Adenauers zu halten sei, ob diese vertretbare Konsequenzen aus der Geschichte gezogen habe. Die politische Rechte fragte, ob die Brandtsche Ostpolitik – die vorgab, 1933 bis 1945 zu verarbeiten – das Urteil verdient habe, eine legitime Form deutscher Friedenspolitik zu sein. Gegenseitig bestritten sich beide Lager die Legitimität des jeweiligen deutschlandpolitischen Handelns.

Es wurden in der Bundesrepublik nicht nur Standortfragen debattiert, wie es bei politischen Feiern in allen westlichen Gesellschaften der Fall war und ist. Vielmehr waren die Feiern – genauer: die Suche nach geeigneten Bezugspunkten – Ausdruck einer unbestimmten Identität der zweiten Republik. Als 1974 Bundespräsident Gustav Heinemann einen bundesrepublikanischen Verfassungspatriotismus begründen wollte – wozu sich das dreifache Verfassungsjahr besonders anbot: 125 Jahre Frankfurter Verfassung, 55 Jahre Weimarer Verfassung, 25 Jahre Grundgesetz – stieß er auf harsche Kritik der Opposition, die darin einen Abschied vom 17. Juni witterte.⁶¹ Zum angesetzten Staatsakt erschienen außer dem Bundesratspräsidenten nur drei weitere Regierungschefs der mehrheitlich CDU-regierten Länder. Dies war ein gezielter Affront.

Paradoxerweise erklomm die Bonner Republik die oberste Stufe ihrer Selbstanerkennung erst kurz vor dem Zeitpunkt, als von ihr Abschied genommen wurde und sie sich in die „Berliner Republik“ verwandelte. Ein halbes Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer feierte sich die Bundesrepublik Deutschlands anlässlich ihres 40. Geburtstages in einer bislang unvorstellbaren Dimension. Vom Mai bis zum September 1989 gab es Festveranstaltungen, Kongresse, Tagungen, Symposien, Wettbewerbe, Sportveranstaltungen, Filme, Ausstellungen, Publikationen, Gedenkmünzen und Sonderbriefmarken. Nicht nur der Staat, der sich die Selbstdarstellung zwanzig Millionen Mark kosten ließ, feierte fast überschwenglich. Es beteiligten sich vielmehr auch private und öffentliche Institutionen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen; weite Teile der pluralistischen Gesellschaft feierten die Bundesrepublik als ihren Staat in einem Ausmaße, das an die Zweihundertjahrfeier der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und an das ebenfalls 1989 begangene Bicentenaire der Französischen Revolution erinnerte.⁶² Italien hatte es 1986 zum 40. Jahrestag der Republikgründung mit einer Militärparade, einer feierlichen Flaggenhissung, einer Gedenkzeremonie beider Kammern und einem Empfang des Staatspräsidenten bewenden lassen. Die Bundesrepublik Deutschland zelebrierte ihren 40. Geburtstag wie ein Jahrhundertereignis. Sie wurde, so wie sie sich 1989 präsentierte, gleichermaßen als das Werk Adenauers wie der Linken gefeiert; die erste formative Phase – die christdemokratische – und die zweite formative Phase – die sozial-liberale – waren akzeptiert. Ein Staat schien endlich angekommen und im kollektiven Gedächtnis fest verankert zu sein.

⁶¹ Vgl. Bonner Rundschau, 15. Juni 1974, „Instinktloser Vorschlag“; Rheinischer Merkur, 14. Juni 1974, „Nation a.D.“.

⁶² Vgl. z.B. Die Zeit vom 19. Mai 1989, „Die erste Republik von Dauer. Vierzig Jahre Grundgesetz: Beim zweiten Anlauf gelang die Demokratie – den Westdeutschen“.